

STRUKTURWANDEL IM RHEINISCHEN REVIER

Ein Gespräch zwischen Reimar Molitor und Rainer Danielzyk
vom 2. November 2022

Rainer Danielzyk: Was unterscheidet den aktuellen Strukturwandel im Rheinischen Revier von den Veränderungen, die wir in den sogenannten altindustrialisierten Regionen – wie den Montanregionen, Werftregionen oder Textilregionen – als tiefgreifende Strukturbrüche in der Vergangenheit hatten? Wie ist im Verhältnis dazu der Strukturwandel im Rheinischen Revier zu sehen?

Reimar Molitor: Erst einmal nicht als abrupter Bruch. Man muss sehen, dass wir hier noch eine lange Zeit zwischen den politischen Entscheidungen zum Ausstieg aus der Kohle und dem faktischen Ende der Kohleverstromung haben werden. Das gilt auch, wenn der Kohleausstieg jetzt auf 2030 vorgezogen wird. Denn erstens wird mit den Beschlüssen nicht zwei Jahre später der Betrieb eingestellt. Zweitens bleiben Aufgaben, die sich mit dem Bergbau verbinden, die quasi nach der Kohlegewinnung und -verstromung liegen und einen längeren zeitlichen Verlauf haben werden. Insofern kann man aus meiner Sicht eher von einer Beschleunigung des Wandels, aber nicht unbedingt von einem vorgezogenen Strukturbruch reden. Im Übrigen ist die Region schon lange dabei, mit der Konversion bzw. Transformation ihrer Strukturen umzugehen.

Rainer Danielzyk: Noch einmal nachgefragt: Wie ist das zeitlich zu sehen und einzuordnen? Im Ruhrgebiet dauert der Prozess des Strukturwandels schon einige Jahrzehnte an. Ist das im Rheinischen Revier auch so?

Reimar Molitor: Ja, aber es geht hier ja um die Unterschiede. Die entscheidenden Fragen sind, mit welcher Struktur man es jetzt zu tun hat und auf welche zukünftigen Strukturen man zusteuern will. Wie wird auf den Wandel mit welchen Instrumenten reagiert? Und wenn die Fragen so gestellt werden, dann gibt es auch Vergleichbarkeiten mit den genannten Prozessen. Eine wichtige Frage ist, wer für die Handlungsperspektive verantwortlich ist. Im Augenblick ist ein starkes Top-down-Handeln des Staates zu beobachten, noch erfolgen wenige Reaktionen aus der Region. Ich denke hier bspw. auch an die Entwicklungen im Emsland und in Ostfriesland, wo auch über 30 Jahre und länger mit Struk-

turbrüchen umgegangen wird. Es ist ja nicht nur an einer Stelle mal eine Werft geschlossen worden, sondern es hat viele Umbrüche zwischen Nordhorn im Süden und Emden bzw. Wilhelmshaven im Norden gegeben. Es gab und gibt Veränderungen im Bereich der Textilindustrie, im Bereich der Ernährungs- und Veredelungswirtschaft. Wir haben Umbrüche im Bereich der Wertschöpfungsketten. Das passiert alles immer gleichzeitig und parallel. Strukturwandel vollzieht sich also ständig, es gab ihn schon immer: Im Süden des Rheinischen Reviers wurde ja auch einmal Kohle abgebaut, z.B. in der Gegend um Erftstadt. Wenn man dort heute ist, bekommt man gar nicht mehr mit, dass dort mal Braunkohleabbau stattgefunden hat.

Rainer Danielzyk: Welche strukturpolitischen Ansätze sind denn jetzt für das Rheinische Revier erforderlich? Und welche Rolle kann dabei die Internationale Bau- und Technologieausstellung spielen, für die gerade ein Memorandum erarbeitet wurde?

Reimar Molitor: Zunächst einmal sollte man die Frage stellen, was die Zielperspektive für die Region ist. In ihrer Grundausstattung hat die Region zwei wesentliche Kompetenzen: zum einen das Thema Boden. Das ist ein absolutes Alleinstellungsmerkmal, da wir es hier mit extrem guten Böden einer Bördenlandschaft zu tun haben. Damit ist eine enorme landwirtschaftliche Produktivität in der Region gegeben. Bei der Umgestaltung des Rheinischen Reviers ist das zu berücksichtigen, gerade auch angesichts aktueller Debatten über die Probleme globalisierter Lieferketten bei Lebensmitteln. Nicht zuletzt hat der Krieg in der Ukraine das Thema Versorgungssicherheit wieder in Erinnerung gerufen. Hier vor Ort gibt es eine Bodengüte und eine Produktionskraft, die für zukünftige Aufgaben in der Landwirtschaft und in der Nahrungsmittelindustrie berücksichtigt werden müssen. Man könnte sagen, das könnte ein „Bauernhofladen“ im großen Maßstab sein, der 10 bis 15 Millionen Menschen ernähren könnte. Damit stellt sich die strukturpolitische Frage nach den Wertschöpfungsketten. Sollen sie eher national oder auch grenzüberschreitend ausgelegt sein? Was ist zu tun, um Versorgungssicherheit

und Qualität für eine große Bevölkerungszahl in NRW zu gewährleisten? Ich denke, da liegen wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten, die der Raum hat und in Zukunft ausbauen wird.

Zum anderen stellt sich die Frage, wie sich diese Resource Boden noch nutzen lässt. Neben der Veredelungswirtschaft im Bereich der landwirtschaftlichen Erzeugnisse gibt es ja alternativ auch noch Veredelungen in Richtung Energiewirtschaft. Und das ist jetzt die Frage: Wird der Boden gebraucht für die Versorgung mit Lebensmitteln oder als Basis für Energiegewinnung? Aus den in der Region angebauten Zuckerrüben kann Zucker gewonnen werden, aber auch Ethanol. Wird vermehrt Raps angebaut werden? Oder wird es mehr Windparks und Photovoltaik geben? Ich bin auf die Entwicklung sehr gespannt und glaube, dass beides zugleich passieren wird.

Die Themen Erneuerbare Energien und Ernährungswirtschaft sind im Hinblick auf den Strukturwandel konzeptionell noch nicht vollends durchdacht und werden daher nur ansatzweise verfolgt. Es gibt zwar einzelne Papiere und Maßnahmen, aber daraus ist noch kein strukturpolitischer Ansatz für die Region geworden, in dessen Rahmen Mittel konsequent und zielgerichtet eingesetzt werden könnten.

Wir wissen zudem, dass die Flächensituation in NRW und insbesondere an der Rheinschiene unglaublich schwierig ist. Es sind kaum noch größere zusammenhängende Flächen für neue Ansiedlungen zu finden. Und auch für künftige „grüne“ Investitionen sind Flächen, „grüne Energie“ und Wasser wesentliche Standortfaktoren. Es muss zudem eine gute Einbindung in die Infrastrukturnetze geben, unter- wie oberirdisch. Dementsprechend kann der Strukturwandel im Rheinischen Revier sicher auch entlang der bestehenden Infrastrukturnetze gedacht werden, um so etwa Neuansiedlungen mit den Energiesystemen und Infrastrukturtrassen zu verknüpfen, die bereits da sind und in Zukunft umgenutzt werden. Als Beispiel: Die Gasleitung, die bislang fossiles Gas transportiert, soll demnächst auch Wasserstoff transportieren. Das muss man sich genau ansehen und bspw. bei der Planung von Gewerbegebieten immer auch die Trassen der Ver- und Entsorgung sowie der Logistik mitdenken.

Rainer Danielzyk: Und was hat das mit der IBTA (Internationale Bau- und Technologieausstellung; Anm. d. Red.) zu tun?

Reimar Molitor: Auf den zweiten Blick sehr viel, weil die Frage des Strukturwandels und danach, wohin sich die Region ausrichten will, eine Ambition benötigt. Und diese muss mit guten Projekten belegt werden, die für die künftigen Wege stehen. Wir brauchen Projekte, die ein Stück weit diese Zukunft vorwegnehmen. Da gilt es, Neues in den Blick zu nehmen. Die IBTA als Weiterentwicklung des IBA-Formats hat zum Ziel, vor allem Projekte im Sinne der Next Practice zu konzipieren. Es sollen Projekte modellhaft entwickelt werden, die in Zukunft im Alltagsbetrieb „in Serie“ gehen können. Hier versucht die IBTA, internationales

Know-how und lokale Möglichkeiten zu verbinden. Sie soll Ambition ausdrücken und Aufmerksamkeit über einen längeren Zeitraum, unabhängig von Fördermitteln, schaffen, um diesen Raum immer wieder neu als innovativen, sich offensiv in Richtung Zukunft entwickelnden Raum zu begreifen. Das muss mit Projekten, die zu begehen und zu besichtigen sind, unterstützt werden. Das ist die Kernidee, die hinter dem Vorhaben steht und durch entsprechende Kommunikation vermittelt werden muss. Die Idee ist also, aus dem Revier und seinen Zukunftsprojekten eine Art „aufwachsende Messe“ zu machen. Die Projekte des Strukturwandels sollen den Raum Stück für Stück zum Vorbildraum entwickeln, der dann im Sinne einer Messe Marktplatz und Anschauungsobjekt für Neues wird. Ich bin gespannt, ob das passieren wird.

Rainer Danielzyk: Welche Zeitperspektive hätte die IBTA denn?

Reimar Molitor: Die IBTA ist jetzt erst einmal konzipiert bis 2040, denn wir finden, dass ein Ziel 2030 zu kurz greift, weil die eigentliche räumliche Transformation erst danach stattfinden wird. Man kann jetzt auch schon einiges auf den Weg bringen, aber tiefgreifende Transformationen des Gebiets werden unserer Einschätzung nach in vielen Bereichen erst ab 2030 stattfinden. Es gibt einige Ausnahmen, wie z.B. das ehemalige Kraftwerk Frimmersdorf oder auch einzelne zu rekultivierende Flächen und linienhafte Infrastrukturen. Ich glaube, dass der Zeitraum bis 2040 gut gesetzt ist, weil so die Zeit bis 2030 genutzt werden kann, um gut vorbereitet in die reale Transformation einzusteigen.

Wir haben drei zentrale Ausstellungsjahre konzipiert. 2026, 2032 und 2038, um so einen Dreischritt im Sinne eines Spannungsbogens zu erzeugen. Es soll immer genug Aufmerksamkeit für eine Periode von fünf Jahren geben, zugleich muss aber die Möglichkeit bestehen, inhaltlich nachzusteuern. Wir wissen ja heute noch gar nicht, wo wir z.B. beim Umbau des Energiesystems landen werden und wie sich etwa die Ernährungsindustrie oder die Mobilität entwickeln werden. Deshalb glauben wir, dass drei Ausstellungsjahre, auf die man immer wieder neu hinarbeitet, ein guter Ansatz sind. Jede Phase soll neu und eigenständig kuratiert und begleitet werden, um das Geschehen immer wieder neu auszuhandeln und abstecken zu können. Auf diese Weise kann man den Strukturwandel grundsätzlich in Richtung Transformation ausrichten und bleibt dynamisch. Es gibt dann auch für jede Phase eine Vernissage und eine Finissage, die zeigen, wofür das öffentliche und private Geld ausgegeben wird bzw. wurde.

Rainer Danielzyk: Ich glaube, das innovative Konzept IBTA ist jetzt deutlicher geworden. Meine nächste Frage richtet sich auf die Bedeutung der räumlichen Planung, d.h. der Landes- und Regionalplanung, aber auch der örtlichen Bauleitplanung und ihre Rolle im Strukturwandel des Rheinischen Reviers.

Reimar Molitor: Wir haben hier vor allem den Strukturwandel des Energiesystems zu gestalten. Es geht um die Frage, wie vor und nach dem Ende der Verstromung von Braunkohle fossile Energieträger substituiert werden können und wie eine postfossile Energieversorgung dann aussehen wird. Bisher haben die Landes- und Regionalplanung sowie die Bauleitplanung, insbesondere auch die Braunkohlenplanung als eigener Zweig innerhalb der Planung, versucht, die Energiegewinnung planerisch zu begleiten und dementsprechend Infrastruktursysteme für Kohlegewinnung, -verstromung und -transport zu ermöglichen. Es war also eine Art „Ermöglichungsplanung“. Dieser Diktion sind alle Vorgehensweisen, inklusive Bergrecht und „Sonderatbestände“ wie die sogenannten großen LEP VI-Flächen (landesbedeutsame Flächen für Industrieansiedlungen gem. Definition der Landesplanung; Anm. d. Red.), gefolgt. Spannend ist jetzt die Frage, ob wir in diesem Sinne auch eine Ermöglichungsplanung für die Transformation schaffen werden. Bislang wurde das Planungsrecht auf die Ermöglichung von Braunkohleverstromung ausgerichtet. Analog dazu müsste jetzt die Planung auf die Ermöglichung der Transformation ausgerichtet werden. Dann wäre die Frage: Wo sind „Transformationsflächen“? Und mit welchem Rechtsinstrument können beispielsweise Gasleitungen in Wasserstoffleitungen umgewandelt werden? Auf welcher rechtlichen Grundlage kann eine ehemalige Kohlenbahn schnell für den Schienenpersonennahverkehr umgenutzt werden? Dazu wäre auch eine Transformation der Planung erforderlich, um zu ermöglichen, dass ein Zustand A in einen Zustand B überführt und eben nicht fortgeschrieben, sondern gebrochen und neu ausgerichtet wird. Es bleibt die Frage, ob dies mit den jetzigen Planungsinstrumenten machbar ist, ob sie dieses Erneuern und Umdeuten planerisch und rechtssicher begleiten können. Ich bin da skeptisch, weil wir eher Fortschreibungen in der Planung und eher die zweidimensionale Funktionsbelegung von Räumen haben sowie die damit einhergehende rechtliche Normierung einer zweidimensionalen Funktionsbelegung. Wir kommen jetzt in Umnutzungsperspektiven, d.h. wir werden sehr dynamische Veränderungen bei der Funktionsbelegung und eine hohe Interaktion sowie veränderte Rauminteraktion zwischen den Infrastrukturen erleben. Dafür sind die bisherigen Instrumente der Planung eigentlich nicht ausgelegt.

Rainer Danielzyk: Gibt es Stellen, die schon an dieser Fortentwicklung von Planung und Planungsinstrumenten arbeiten?

Reimar Molitor: Ich glaube nicht, dass sich jemand tatsächlich darum kümmert. Zwar steht im Koalitionsvertrag der aktuellen NRW-Landesregierung mehrfach das Wort „Transformationsflächen“, also wird damit quasi eine Sonderplanungskategorie benannt; aber die Frage, wie das zu realisieren ist, bleibt offen. Es gibt auch noch keinen konkreten Auftrag, planerisch Transformationsflächen tatsächlich umzusetzen, oder Überlegungen, welches Instrumentarium die Landes- und Regionalplanung dafür wirklich bräuchte. Gleiches gilt für Fragen des Umbaus der Netz-

infrastrukturen oder der Gewinnung erneuerbarer Energien. Wir hatten in der Region ja bisher eine Zentrierung der Energiegewinnung auf die Braunkohleverstromung. Daher könnte jetzt theoretisch auch eine besondere Dichte für die Energieerzeugung alternativer Energien angestrebt werden. Dafür bräuchte es aber eigene Normierungen, die vom bundesdeutschen Durchschnitt ggf. abweichen. Auch hier sehe ich noch keine Entwicklungen in diese Richtung.

Rainer Danielzyk: Gibt es dazu denn konkrete Ideen und Vorschläge?

Reimar Molitor: Das Rheinische Revier ist die Region mit dem größten „Masseneingriff“ in Europa, worauf alle Planungen und Infrastrukturen ausgerichtet waren. Sie sollten diesen Eingriff ermöglichen. Das kommt jetzt an ein Ende und in diesem Sinne müsste es eine Perspektive für einen Ausgleich dieses Eingriffs geben. Das hieße, dem Bergrecht ein Transformationsrecht gegenüberzustellen oder als Ausgleich danebenzustellen, um den Strukturwandel hin zu einer fokussierten Energieerzeugungsregion für alternative Energien zu ermöglichen. Da wir mit einem bestimmten rechtlichen Instrumentarium diesen Eingriff gemanagt und begleitet haben, wäre jetzt die Frage, wie der Ausgleich planungsrechtlich im Hinblick auf Transformation begleitet werden kann. Es wäre die logische Konsequenz im Sinne einer *Balance* zwischen Eingriff und Ausgleich. So denkt und arbeitet aber niemand. Zwar sagen viele, dass sich dieser Gedanke „logisch“ anhört, aber real umgesetzt oder rechtlich ausbuchstabiert wird er derzeit nicht.

Rainer Danielzyk: Eine letzte Frage: Wo wird das Rheinische Revier in 20 Jahren, also 2042 stehen?

Reimar Molitor: Es wird nicht viel anders aussehen als jetzt. Aber es wird auf jeden Fall ein Testfeld für den Bereich erneuerbarer Energien und postfossiler Energiequellen und für deren Nutzung sein. Es wird sicherlich in den Bereichen Agrarindustrie und auch Biomasse stark zugelegt haben, also Boden als Ausgangspunkt für Energie jeglicher Art aktiv nutzen. Und es wird auf jeden Fall dichter besiedelt sein als bisher. An einigen wenigen Stellen wird es eine stärkere infrastrukturelle Verzahnung mit den größeren Städten auf der Rheinschiene geben. Das betrifft dann vor allen Dingen die Ostseiten der Tagebaue Garzweiler und Hambach. Es wird auch ein Raum geworden sein, der vielleicht auch ungewöhnliche größere Dinge zulässt, also z.B. Großansiedlungen eines Unternehmens, das in Richtung grüne Wirtschaft arbeitet und produziert. Ein Veranstaltungsgelände für Großkonzerte von 100.000 Leuten wird gebaut sein und es wird ein paar spannende Orte geben, wo auch Messen stattfinden, die das Neue vor Ort thematisieren. Viele der bestehenden Messen werden eine Art Außenstelle im Rheinischen Revier haben, also z.B. die Anuga aus Köln (die Anuga FoodTec ist die international führende Fachmesse für die Lebensmittel- und Getränkeindustrie; Anm. d. Red.) oder die Weltklimakonferenz COP des UN-Klima-Sekretari-

ates in Bonn. Solche Messen und Großereignisse, die eine inhaltliche Nähe zu dem haben, was im Revier bzw. zur Transformation im Revier passiert, werden dann sicherlich auch den Raum nutzen, um vor Ort Konferenzen, Tagungen, Marktplätze und Meetings durchzuführen. Das, glaube ich, geht schon bis 2040. Was bis dahin aber noch voll im Gange sein wird, ist der schiere Massenumsatz (der nach dem Braunkohlenabbau zur Rekultivierung und Sicherung der Grubenstandsicherheit notwendig ist; Anm. d. Red.). Der wird erst einmal die nächsten 40 Jahre so bleiben, glaube ich. Die Frage der Rekultivierung und damit die Frage, was nach der Kohle kommt, ist dabei eng mit der Frage der Gestaltung von Konversionen von Infrastrukturen zu verbinden. Das wird aber mal gerade im Rollen sein, das Ausmaß des gesamten Umbaus werden wir noch nicht komplett vor Augen haben.

Rainer Danielzyk: Herzlichen Dank für das hochinteressante Gespräch!



DR. REIMAR MOLITOR

ist Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Region Köln/Bonn e.V. Der Region Köln/Bonn e.V. verfolgt das Ziel, die regionale Zusammenarbeit zu organisieren und gemeinschaftlich eine strategische Ausrichtung der Region Köln/Bonn zu erreichen. Seit 2017 betreut er zusätzlich die REGIONALE 2025 Agentur GmbH im rechtsrheinischen Teil der Region Köln/Bonn, dem sogenannten „Bergischen RheinLand“, sowie im linksrheinischen Teil seit 2019 die Formatierung einer Internationalen Bau- und Technologieausstellung (IBTA) für die Transformationsprozesse im Rheinischen Revier.



PROF. DR. RAINER DANIELZYK

ist Generalsekretär der ARL und Professor für Raumordnung und Regionalentwicklung am Institut für Umweltplanung der Leibniz Universität Hannover.